

---

Manfred Scharrer

---

## Die Anfänge des FDGB

---

Dr. Manfred Scharrer, geb. 1945 in Hersbruck, Werkzeugmacher, Studium der Erziehungswissenschaften, Soziologie und Geschichte in Berlin, war Leiter der DGB-Projekte „Geschichte von unten“ und „Curriculum: Geschichte der Gewerkschaften“. Er ist Mitarbeiter des Referats für Aus- und Weiterbildung der ÖTV.

Der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ (FDGB) war spätestens seit Gründung der DDR keine Gewerkschaft mehr im herkömmlichen und bis heute aktuellen Sinn einer freien, partei- und staatsunabhängigen, demokratischen Interessenvertretung. Das ist durchaus kein Geheimnis, das erst nach der „Wende“ in der DDR hätte gelüftet werden müssen, sondern es war das stolz und unablässig proklamierte Bekenntnis der Funktionsträger einer marxistisch-leninistischen „Massenorganisation“, genannt FDGB.

Strittig ist dagegen die Frage, ob der FDGB nicht wenigstens in seinen Anfängen eine Gewerkschaft war, die ebenso wie die Gewerkschaften der westlichen Besatzungszonen (die späteren DGB-Gewerkschaften) als Nachfolgeorganisation der von den Nationalsozialisten 1933 zerschlagenen Gewerkschaften gewertet werden muß.

Betrachtet man zunächst den Aufruf zur „Wiedergründung freier, demokratischer Gewerkschaften für Groß-Berlin“, dann unterscheidet er sich nur wenig von ähnlichen gewerkschaftlichen Gründungsaufrufen in den Westzonen. Nicht nur finden sich hier die Adjektive „frei“ und „demokratisch“ sowie die Absicht, die Gewerkschaften „aller früheren Richtungen“ zusam-

menfassen zu wollen, sondern auch an der gewerkschaftlichen Hauptaufgabe, Tarifverträge abzuschließen, wird festgehalten.<sup>1</sup>

In einem entscheidenden Punkt jedoch wollten fast sämtliche Initiativen zum Aufbau von Gewerkschaften - sei es in den Westzonen oder in der Ostzone - nicht mehr an die Tradition der Gewerkschaften der Weimarer Republik anknüpfen: Nicht die alten Richtungsgewerkschaften, sondern neue freie Gewerkschaften „unter Zusammenfassung aller früheren Richtungen“ sollten auf gebaut werden.

#### Der „Vorbereitende Ausschuß“

Schon vor dem Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Mmtäradministration (SMAD) vom 10. Juni 1945, mit dem Aufbau und Funktion von Gewerkschaften vorgegeben wurden, fanden Vorbesprechungen zwischen Vertretern aller vier Gewerkschaftsrichtungen statt. Die sozialdemokratisch orientierten, „freien“ Gewerkschaften waren durch die Altfunktionäre Bernhard Göring, Otto Braß, Hermann Schlimme und Paul Ufermann vertreten, die christlichen Gewerkschaften durch Jakob Kaiser, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften durch Ernst Lemmer und die kommunistischen Gewerkschaften (RGO = Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) durch Walter Ulbricht, Roman Chwalek, Hans Jendretzky und Paul Walter.

Es wurde ein vorläufiger Gründungsausschuß gebildet, der zwar de jure nur für Berlin zuständig war - und sich auch offiziell „Vorbereitender Gewerkschaftsausschuß für Groß-Berlin“ nannte -, de facto jedoch als Gewerkschaftsspitze für die gesamte SBZ fungierte.<sup>2</sup> Dieser Vorbereitende Ausschuß setzte sich aus drei Mitgliedern der SPD (Göring, Schlimme, Braß), drei Mitgliedern der KPD (Chwalek, Jendretzky, Walter) und je einem christlichen (Kaiser) und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschafter (Lemmer) zusammen. Nimmt man das Kräfteverhältnis der Gewerkschaften von vor 1933 als Maßstab, dann ist diese Gewichtung ausgesprochen merkwürdig zu nennen: Waren doch die freien Gewerkschaften die weitaus bedeutendste Richtung, gefolgt von den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, während die RGO der KPD allenfalls das Schlußlicht bildete (falls sie überhaupt als Gewerkschaftsorganisation betrachtet werden kann). Zum weiteren Vorteil der Kommunisten wurde diese Zusammensetzung des Vorbereitenden Ausschusses gravierend verändert, als wenige Wochen nach Bildung des Ausschusses Otto Braß zur KPD übertrat. (Später wurde bekannt, daß Braß schon während der NS-Zeit zur KPD übergetreten war, die KPD also von Beginn an mit einem getarnten Mitglied die Mehrheitsverhältnisse im Ausschuß manipuliert hatte.)

Das nun geweckte Mißtrauen der Nicht-Kommunisten gegenüber den Absichten der KPD erhielt zusätzliche Nahrung, als Chwalek (KPD) die Grün-

---

1 Vgl. Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin (15. Juni 1945), in: Ulrich GUI, FDGB - Die DDR-Gewerkschaft von 1945 bis zu ihrer Auflösung 1990, Gewerkschaften in Deutschland, Bd. 13, Köln 1991, S. 89 f.

2 Vgl. Ulrich Giffl, Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Theorie - Geschichte - Organisationen-Kritik, Opladen 1989, S. 72.

dung einer Gewerkschaftszeitung vorschlug, und die Chefredaktion dieser ab Oktober 1945 erscheinenden Zeitung (Die freie Gewerkschaft) mit einem KPD-Mann besetzt wurde - was nur durch das Wirken der starken Hand der sowjetischen Besatzungsmacht erklärt werden kann. Es zeigte sich schnell, daß diese Zeitung im engen parteipolitischen Sinne unter Zuhilfenahme der Zensur der sowjetischen Besatzungsmacht geführt wurde. So wurden selbst Artikel von Scriüimme und Göring nicht gedruckt, wenn sie nicht ins Konzept der KPD/SMAD paßten.

Die Gründung des Vorbereitenden Ausschusses war der Versuch, die Gewerkschaften von oben, von einer Zentrale aus aufzubauen. Dazu bedurfte diese Zentrale einer halbwegs demokratischen Legitimationsbasis (der Vorbereitende Ausschuß hatte sich selbst ernannt und war von der SMAD bestätigt worden). Zu diesem Zweck sollte am 23. September 1945 eine Berliner Delegiertenkonferenz einberufen werden.

Anhand der (nun zugänglichen) Akten des Nachlasses von Göring im ehemaligen FDGB-Archiv läßt sich der vermutlich erste und letzte ernsthafte Widerstand der beteiligten sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre gegen eine kommunistische Vorherrschaft im gewerkschaftlichen Führungsgremium noch eindrucksvoller nachweisen, als es bisher geschehen ist.<sup>3</sup> Aufgrund von Einsprüchen einiger Vorstände der inzwischen (nach Maßgabe einer Vorlage des Ausschusses) gegründeten Einzelgewerkschaften scheiterte diese Delegiertenkonferenz am Veto der inzwischen anwesenden westlichen Besatzungsmächte. Die Beschwerden stützten sich auf Unregelmäßigkeiten bei der Wahl sowie das Fehlen einer Wahlordnung. Die allgemeine Regel, daß auf 100 Mitglieder ein Delegierter zu wählen sei, ließ Raum für vielfältige Manipulationen in einer Situation, in der der Mitgliederbestand nur unzulänglich erfaßt war.

In einer Besprechung des Vorbereitenden Ausschusses (im Protokoll als „Bundesvorstand“ bezeichnet) mit dem Vertreter der französischen Besatzungsmacht Oberst Ravoux (25. Oktober 1945) kam es zwischen den Vertretern des Ausschusses zu Differenzen über die Einschätzung der Delegiertenwahl. Zuvor hatte der Oberst die Auffassung vertreten, daß die stattgefundenen Wahlen ungültig seien, da eine Wahlordnung nicht vorgelegen habe und die Legitimation der Wähler zu Zweifeln Anlaß gegeben hätten. Chwalek (KPD) räumte ein, daß „wohl einige Unstimmigkeiten“ vorgekommen seien, der größte Teil der Wahlen jedoch nach „demokratischen Grundsätzen“ erfolgt sei. Schlimme, Göring und Kaiser sprachen sich hingegen für Neuwahlen aus. Oberst Ravoux drängte Chwalek, die Wahlen ebenfalls für ungültig anzusehen. Diesem „Ersuchen“ kam Chwalek laut Protokoll nach.<sup>4</sup> Aus einer Aufzeichnung über eine weitere Besprechung mit Oberst Ravoux

3 Vgl. Harold Hurwitz, Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Die Anfänge des Widerstandes, Teil I, Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten, Köln 1990 (bes. Kap. 7, Der Streit um die Gewerkschaftswahlen).

4 Protokoll über eine Besprechung mit Oberst Ravoux am Donnerstag, dem 25. Oktober 1945, vormittags 11 Uhr, Nachlaß Göring, Archiv der Gewerkschaftsbewegung, Sign. A 410.09/7.

geht hervor, daß Chwalek gegen diese Darstellung seiner Äußerungen im Protokoll protestierte. Er warf Göring - dem Protokollführer - vor, das Protokoll nicht richtig abgefaßt zu haben.<sup>5</sup> Gegenüber einem Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht vertrat Chwalek den Standpunkt, daß die stattgefundenen Wahlen anerkannt werden müssen, während umgekehrt Göring und Schlimme wiederum für Neuwahlen plädierten.<sup>6</sup>

Diese Vorgänge belegen, daß es in der Viermächtestadt Berlin nun möglich war, sich gegen Manipulationen der KPD zur Wehr zu setzen. Zugleich werden die Grenzen dieser Gegenwehr sichtbar: Die noch vorherrschende Haltung der westlichen Besatzungsmächte, besonders der Amerikaner, die Besatzungspolitik mit den Sowjets einvernehmlich zu regeln, führte zu einem wenig konfliktbereiten Verhalten gegenüber undemokratischem Vorgehen der SMAD beziehungsweise der mit ihr verbündeten KPD. Einigungsdruck entstand auch durch die Geschäftsordnung der Alliierten Kommandantur, die nur einstimmige Entscheidungen erlaubte. Im Falle der Nichtanerkennung der Delegiertenwahlen kam es zu einer Entscheidungsblockade. Die Westalliierten bestanden auf Neuwahlen, während die Sowjets darauf beharrten, daß bei den Wahlen alles mit rechten Mitteln zugegangen sei.

#### Die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht

Weit mehr als die Politik der westlichen Besatzungsmächte haben die Sowjets das Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer (und führenden Parteiverteter) beeinflußt. Am 19. November wurden Göring und Fechner in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Zentralaussschusses der SPD von Generalleutnant Bokow in die Sowjetische Kommandantur nach Karlshorst vorgeladen. Ebenfalls anwesend waren Ulbricht und Dahlem vom ZK der KPD. Bokow erklärte, daß die russische Kommandantur auf dem Standpunkt stehe, „daß die stattgefundenen Wahlen nach demokratischen Richtlinien erfolgt seien und deshalb gültig wären. Es handele sich hier nach seiner Auffassung sowohl für die Gewerkschaft als auch für die Russen um eine Prestigefrage.“ Er bedauerte, daß es im Vorbereitenden Ausschuß Meinungsverschiedenheiten darüber gebe, und befand, „das hätte nicht der Fall sein dürfen“. Göring verteidigte die Einschätzung, daß die Wahlen ungültig seien, kritisierte in vorsichtiger Form die Veränderung der Parität im Ausschuß und beschwerte sich außerdem, daß sein Artikel „Gewerkschaftspolitik“ nicht nur vom russischen Zensor verboten, sondern vorher schon von den Redakteuren der Gewerkschaftszeitung zensiert worden sei.<sup>7</sup>

Warum die SMAD die Meinungsverschiedenheiten bedauerte, wird verständlich vor dem Hintergrund, daß die KPD Ende Oktober eine grundsätzliche Wendung ihrer Politik vollzogen hatte: Sie gab ihre Ablehnung der im

---

<sup>5</sup> Vgl. Besprechung mit Oberst Ravoux, Entwurf, o. D., ebda.

<sup>6</sup> Vgl. Aktennotiz, betr.: Besprechung mit Herrn Major Cramer/USA, ebda.

<sup>7</sup> Aktennotiz, betr.: Besprechung bei Herrn Generalleutnant Bokow in Karlshorst am 19.11.45, Nachlaß Göring, a. a. O.

Mai von Berliner Sozialdemokraten angestrebten Vereinigung der Arbeiterparteien auf und drängte nun ihrerseits nachdrücklich auf eine vereinte Arbeiterpartei.

Die in den ersten Nachkriegstagen in den Reihen der Sozialdemokraten verbreitete Stimmung, daß die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterparteien überwunden werden müsse, hatte inzwischen erste Trübungen erfahren. Sowohl die allgemeine Besatzungspolitik der Sowjets als auch die allenthalben spürbare Bevorzugung der KPD durch die sowjetischen Behörden, der eine gleichzeitige Behinderung sozialdemokratischer Betätigungen gegenüberstand, dämpften die Einigungsstimmung bei den Sozialdemokraten. Ein offener Konflikt an der Spitze der erst noch aufzubauenden Einheitsgewerkschaft, der den Verdacht auf ein unehrliches Spiel der Kommunisten verstärkt hätte, war denkbar unerwünscht, sollte doch gerade aus den Gewerkschaften der für nötig gehaltene Einigungsschwung kommen.

Das Zusammenspiel von sowjetischer Besatzungsmacht und KPD und die Einflußnahme auf die sozialdemokratischen Gewerkschafter wird hier besonders deutlich. Bei der erwähnten Besprechung in Karlshorst erklärte (laut Aktennotiz Görings) Generalleutnant Bokow, die sowjetische Administration und Kommandantur „habe den dringenden Wunsch, daß eine solche Zusammenfassung (der Gewerkschaften in der SBZ, M. S.) bald erfolge.“ Schon etwas mehr als nur ein Wunsch war seine Regieanleitung für die konstituierende Konferenz: „Um Schwierigkeiten bei der Einberufung der Konferenz, der Zusammensetzung und Leitung von vornherein zu beheben, beauftrage er beide Parteien (gemeint waren KPD und SPD, M. S.), sich über die Modulationen für die Einberufung der Konferenz zu verständigen, das heißt vor allen Dingen, einen entsprechenden Ausschuß mit dieser Aufgabe zu betrauen.“ In Kenntnis des Vereinigungsprozesses und der Rolle, die sozialdemokratische Gewerkschafter dabei spielten, dürfte seiner Äußerung, er lege Wert darauf, „daß tatsächlich eine Verständigung zwischen den Parteien erfolgt“, besonderes Gewicht zukommen. Bokow verlangte, daß KPD und SPD einvernehmlich den Aufbau einer nach außen hin parteiunabhängigen Einheitsgewerkschaft steuern sollten.

Diese Zumutung wurde von den SPD-Vertretern nicht zurückgewiesen, sei es aus Mangel an Zivilcourage oder aus welchen Erwägungen auch immer. Dabei hatten sie ohne Zweifel den Widerspruch erkannt, der zwischen dem Anspruch des FDGB, als parteipolitisch unabhängige Gewerkschaft zu gelten, und dem Vorhaben lag, eine solche Gewerkschaft für die SBZ als das Werk zweier Parteien in Szene zu setzen. Göring machte deshalb den Vorschlag, daß „nach außen hin die Gewerkschaften als Einberufer und Vorbereiter in Erscheinung treten müßten“. Außerdem gab er zu überlegen, ob man für die Vorbereitung nicht auch die CDU hinzuziehen müsse. Mit der Erklärung, daß man die CDU „hinterher“ informieren werde und die Gewerkschaften offiziell als Veranstalter der Konferenz auftreten würden sowie dem Hinweis, daß die Besprechung als vertraulich anzusehen sei, schloß Bokow die Aussprache.

Unmittelbare Folge der Anregungen Bokows war die Bildung eines „Vierer-Ausschusses“, dem Ulbricht und Dahlem von der KPD sowie Fechner und Göring von der SPD angehörten. Auch wenn Göring in diesem Kreis, in dem die Organisation der Gewerkschaftskonferenz für die SBZ abgesprochen wurde, noch einmal vergeblich versuchte, gegen Ulbricht die Hinzuziehung eines CDU-Vertreters durchzusetzen, so stellt die Nachgiebigkeit der SPD-Vertreter in diesem Punkte einen Vertrauensbruch gegenüber den Vertretern der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften beziehungsweise gegenüber der CDU dar (der Kaiser und Lemmer inzwischen angehörten).<sup>8</sup> Wenn dieser Vierer-Ausschuß - der ein informeller Ausschuß zweier politischer Parteien war - beschloß, „alle Maßnahmen, die die Gewerkschaftsdelegierten-Konferenz für die sowjetisch besetzte Zone betreffen, gemeinsam zu vereinbaren“, und sich darauf verständigte, „daß ein etwa zu wählender vorläufiger Zonenvorstand in Berücksichtigung einer maßgeblichen Beteiligung (in entsprechender personeller Hinsicht) des Berliner Vorstandes erfolgt“, dann war damit bereits das Ende der Einheitsgewerkschaft beschlossen, noch bevor diese Wirklichkeit werden konnte.<sup>9</sup>

In welchem Maße die Sowjets zugunsten der Politik der KPD intervenierten, läßt sich anhand der Vorbereitung der Berliner Gewerkschaftskonferenz zeigen. Bokow erklärte dem Vierer-Ausschuß unter anderem: „Die Arbeiterparteien sind verpflichtet, Vereinbarungen über eine Aktionseinheit und über eine gemeinsame Plattform zu treffen.“ Aus seiner Feststellung, daß „wirklich demokratische Wahlen gewährleistet“ werden müßten, könnte noch demokratische Hoffnung gezogen werden, wenn er nicht ausgeführt hätte, was die Sowjets unter „wirklich demokratischen Wahlen“ verstanden: „Es müsse Vorsorge getroffen werden, daß keine feindlichen und reaktionären Elemente zum Vorschlag kommen. Die Zusammenarbeit für die Vorbereitung zur Konferenz müsse einig und einheitlich sein, auch in den Betrieben. Dabei darf die Frage der Aufstellung der Kandidaten nicht zu Auseinandersetzungen größeren Ausmaßes führen. Schließlich müsse eine Verständigung hinsichtlich der Tagesordnung der Konferenz erzielt werden“.<sup>10</sup>

Göring hat auch diesen Ausführungen nicht widersprochen. Er versicherte dem General vielmehr, daß der Gewerkschaftsausschuß alles in seinem Sinne richten werde. Eine vorsichtige Form von Opposition könnte seine Bitte darstellen, die Parteien nur einzuschalten, „wenn sich Schwierigkeiten“ ergäben. Sein anfänglicher Oppositionswille war zu diesem Zeitpunkt offenbar bereits weitgehend gebrochen. Bei Schlimme, der zunächst noch entschiedener aufgetreten und bei der KPD in Ungnade gefallen war (Ulbricht verhinderte seine bereits im Vorbereitenden Ausschuß erfolgte Nominierung als Vertreter der Berliner Delegation zu einem ebenfalls vorbereitenden Ausschuß der Gewerkschaftskonferenz der SBZ), läßt sich eine ähnliche Wandlung verfolgen.

<sup>8</sup> Aktennotiz, betr.: Besprechung über die Einberufung einer Gewerkschaftskonferenz für die russische Zone am 20.11.45, 17 Uhr, Nachlaß Göring, a. a. 0.

<sup>9</sup> Vereinbarung (vom 28.11. 45), ebda.

<sup>10</sup> Aktennotiz, betr.: Besprechung am 5.12.45 bei Generalleutnant Bokow, ebda.

Eine Teilantwort darauf, warum Sozialdemokraten und Gewerkschafter wie Schlimme (und Göring) sich dazu hergaben, mit der KPD zusammen den FDGB als gemeinsame Parteiveranstaltung zu führen und ihn dann für die Vereinigung der Arbeiterpartei zu instrumentalisieren, beziehungsweise warum sie zu besonders loyalen Parteigängern der SED wurden, gibt Schlimme vielleicht selbst mit folgender Schilderung: „Am Montag, dem 3. Dezember 1945, abends 19 Uhr, wurde ich zur Zentralkommandantur der Roten Armee in Karlshorst gebeten. Ich wurde durch den Verbindungsoffizier, Major Aisyn, in ein in der Nähe des Bahnhofs Karlshorst gelegenes Haus gebracht, wo ich dann zu einer Besprechung im Beisein von zwei Offizieren und zwei Zivilisten geladen war.“

Vorgehalten wurde ihm unter anderem, daß er die Einsprüche der Verbandsvorstände gegen die Delegiertenwahl im September und deshalb „eine Spaltung der Gewerkschaften“ betrieben habe. Die Sowjets stellten Schlimme vor die Alternative, sich entweder zu entscheiden, „ob der Weg der Demokratie über Noske und Severing, oder mit den ehrlichen Sozialdemokraten gegangen werden soll.“<sup>11</sup> Wenn Schlimme klagt, diese „Aussprache trug mehr inquisitorischen Charakter und ließ jede Kameradschaftlichkeit vermissen“, dann ist das nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist die unverhüllte Drohung: Schlimme wußte, wo die Definitionsmacht darüber lag, wer ein ehrlicher Sozialdemokrat war und wer nicht, und ihm war auch bekannt, welche Konsequenzen es hatte, wenn die sowjetische Besatzungsmacht jemanden zu einem Sozialdemokraten à la Noske erklärte - die ersten Sozialdemokraten waren bereits wieder in Gefängnissen verschwunden.<sup>12</sup>

Wenn Schlimme und andere Sozialdemokraten sich entschieden, „ehrliche Sozialdemokraten“, das heißt gefolgsame Parteigänger der SMAD/KPD zu werden, dann war dies sicherlich keine freie Entscheidung. Allerdings kann ihr Weg - wie der vieler anderer Sozialdemokraten - von anfänglicher Opposition über Nachgiebigkeit zu entschiedener Befürwortung kommunistischer Politik - vor allem in Berlin - nicht nur mit dem direkten Zwang der Sowjets erklärt werden.

Göring und Schlimme - beide auch Mitglieder des Zentralausschusses der SPD - gehörten als Spitzenfunktionäre des FDGB spätestens seit Mitte Dezember 1945 zu den maßgeblichen Unterstützern der Vereinigung von SPD und KPD. Ihre Bereitschaft, alle wesentlichen Gewerkschaftsfragen einvernehmlich mit der KPD abzusprechen, bedeutete bereits einen wesentlichen Schritt zur Vereinigung von SPD und KPD. Auf der „Sechziger Konferenz“ am 20. und 21. Dezember 1945 in Berlin - auf der die Weichen für die Vereinigung beider Parteien gestellt wurden - erklärten die SPD-Vertreter, daß alle grundsätzlichen Differenzen mit der KPD in gewerkschaftlichen Fragen bereinigt seien.

---

11 Aktennotiz (mit handschriftlichem Vermerk „geheim“), ebda.

12 Vgl. allgemein zum Wirken der SMAD: Hermann Weber, Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und das Parteiensystem der SBZ/DDR, in: Deutschland Archiv, 10/1982.

Die Erforschung der Motive der maßgeblichen SPD-Akteure ist ein Aspekt, das Resultat ihres Handelns ein anderer, die unabhängig voneinander zu analysieren sind. Die Abmachung zwischen KPD und SPD, den FDGB als Partei-sache zu behandeln, ist unvereinbar mit dem Konzept einer demokratischen, parteiunabhängigen Einheitsgewerkschaft. Wie radikal beide diese Einheitsgewerkschaft in Frage stellten, zeigt sich besonders daran, wie sie das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften gestalten wollten. Göring erwähnte, daß es zunächst unterschiedliche Auffassungen darüber gegeben habe, inwieweit sie „überhaupt als Gewerkschafter die enge Verbindung und Beziehung zu den beiden politischen Arbeiterparteien zu pflegen haben.“ Dies konnte bei den traditionell grundlegenden Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften gar nicht anders sein. Die sozialdemokratischen Gewerkschafter hatten im berühmten Beschluß der „Gleichberechtigung“ des Mannheimer Parteitages der SPD schon 1906 die organisatorische Unabhängigkeit der Gewerkschaften gegen erbitterten Widerstand der Parteilinken durchgesetzt. Die Parteilinke betrachtete dies als Verrat an sozialistischen Prinzipien. Diese Traditionslinie mündete Ende 1918 in die KPD, und das Verständnis, daß die Gewerkschaften der Partei untergeordnet sein müßten, wurde zu einem kommunistischen Dogma. Der Leninismus, den die deutschen Kommunisten als ihre Lehre übernahmen, verschärfte dieses Dogma noch einmal.

Auf der „Sechziger Konferenz“ zeigte Göring sich überzeugt, daß die „enge Verbindung“ zwischen Partei und Gewerkschaften „ein Merkmal der neuen gewerkschaftlichen Orientierung“ sei, und daß die Gewerkschaften ihre politische Arbeit „sozusagen als Vorfeld für die Arbeit der politischen Parteien zu leisten haben.“ Ausdrücklich betonte er die Konsequenz dieser - für sozialdemokratische Gewerkschafter tatsächlich - „neuen“ Orientierung: „Wenn ich dann am Rande sage: das bedeutet, daß wir Befehlsempfänger sind, so möchte ich unterstreichen, daß das die Auffassung der beiden politischen Parteien und der künftigen Arbeiterpartei ist.“<sup>13</sup> Diese neue Orientierung war eine glatte Preisgabe sozialdemokratischer Prinzipien und die Übernahme kommunistischer Auffassungen. Wenn die These stimmt, daß Grotewohl und die anderen Befürworter der Vereinigung auch nach dem grundsätzlichen Beschluß zur Vereinigung noch versuchten, sie hinauszuschieben und vor allem den sozialdemokratischen Einfluß in einer vereinigten Partei zu bewahren, dann wurde mit der Übernahme des kommunistischen Gewerkschaftsverständnisses genau das Gegenteil erreicht.

Der Anspruch, die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in verschiedene Richtungen zu überwinden, hatte eines zur unbedingten Voraussetzung: die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften sowohl in organisatorischer als auch ideologischer Hinsicht.

---

<sup>13</sup> Stenographische Niederschrift der Sechziger Konferenz am 20/21. Dezember 1945 in Berlin, in: Gert Gruher/Manfred Wilke (Hrsg.), Sozialdemokraten im Kampf um die Freiheit Die Auseinandersetzungen zwischen KPD und SPD in Berlin 1945/46, München 1981, S. 185.



Göring und Schlimme kann nicht verborgen geblieben sein, daß ihre Übereinkunft mit den Kommunisten nicht nur der Bruch mit dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsverständnis, sondern auch die Aufgabe des grundlegenden Prinzips einer Einheitsgewerkschaft, die Aufkündigung des historischen Kompromisses gegenüber den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften war. Die Gewerkschaften sollten dabei nicht an zwei Arbeiterparteien, sondern an die schon vereinbarte einzige sozialistische Arbeiterpartei ausgeliefert werden. Kurt Schumachers bekannte These, die Gewerkschaften in der Ostzone seien in Wahrheit „das Instrument der Eroberung der Sozialdemokratie durch die Kommunisten“, wird dadurch erhärtet, daß führende sozialdemokratische Gewerkschafter zu Beginn der Vereinigungskampagne sozialdemokratische Grundsatzpositionen in Gewerkschaftsfragen aufgaben.

Widerstand gegen diese Politik der zentralen Führung aus den unteren Reihen der Gewerkschaften wurde entscheidend dadurch erschwert, daß die FDGB-Führung nach außen den Anspruch der parteipolitischen Unabhängigkeit aufrechterhielt, und daß durch die Teilnahme der Sozial- und Christdemokraten in den gewerkschaftlichen Spitzengremien dieser Anspruch scheinbar bestätigt wurde. Die gute Miene, die die Christdemokraten auch nach der Vereinigung von SPD und KPD zum bösen Spiel der SED im FDGB noch machten, grenzte an Selbstverleugnung. Lemmers Ausharren als Dritter Vorsitzender des FDGB bis 1949, als er dessen Rolle längst durchschaut hatte, bleibt unverständlich.

Als die bewußte Täuschung der Gewerkschaftsmitglieder zunehmend aufgedeckt wurde, weil die kommunistische Politik den parteiunabhängigen Anspruch des FDGB immer fadenscheiniger werden ließ, war es für die Anhänger einer parteiunabhängigen demokratischen Gewerkschaft in der SBZ zu spät. Widerstand konnte sich nur in Berlin und dort nur frei in den drei Westsektoren artikulieren und organisieren.

#### Die Gewerkschaftspolitik von KPD/SED

Nach der gewerkschaftlichen Übereinkunft zwischen SPD und KPD war die KPD auch bereit, Neuwahlen zu einer Berliner Delegierten-Konferenz zuzustimmen. Man einigte sich auf eine Wahlordnung und verständigte sich darauf, bei der Aufstellung der Kandidatenlisten paritätisch zu verfahren. Ein Kernpunkt der Wahlordnung war ein indirektes Wahlverfahren für die Delegierten der zentralen Entscheidungsinstitutionen. Direkt gewählt wurden nur die Delegierten zu den Bezirkskonferenzen des Dachverbandes und der Einzelgewerkschaften auf der Betriebsebene. (Das bedeutete bereits einen erheblichen Vorteil für die KPD, die ihre Basisorganisationen in den Betriebsgruppen hatte.) Von wesentlicher Bedeutung für die Erringung einer kommunistischen Mehrheit war jedoch, daß die Wahlordnung mit Berufung auf die parteipolitische Unabhängigkeit der neuen Einheitsgewerkschaft es untersagte, die Parteizugehörigkeit der Kandidaten kenntlich zu machen. Diese auf den ersten Blick für eine überparteiliche Gewerkschaft logische und dem Ein-

heitsgedanken förderliche Bestimmung verkehrt sich unter der Hand in ihr Gegenteil, wenn diese Gewerkschaft unter die Botmäßigkeit einer Partei gebracht werden soll.

Im vorliegenden Falle sprachen unter dem Mantel der Parteiunabhängigkeit SPD und KPD die Kandidatenliste ab und vereinbarten die gegenseitige Wahl ihrer Kandidaten. Unter falscher Flagge versuchten sie, sich gegenüber anderen Parteien und den Anhängern wirklich parteiunabhängiger Kandidaten Vorteile zu verschaffen und sich eine demokratische Legitimation zu erschleichen. Daß die SPD zum betrogenen Betrüger wurde, weil die KPD sich nicht an die Vereinbarung hielt und nur ihre eigenen Kandidaten wählte, scheint fast zweitrangig zu sein.

Die Taktik der KPD: „Willst Du Dich nicht länger quälen, brauchst Du nur gerade Zahlen wählen“ hatte durchschlagenden Erfolg. Auf Betriebsebene in Berlin erreichte sie 42 Prozent der Mandate für die Bezirkskonferenzen und auf der Stadtkonferenz sogar 56 Prozent, das heißt 313 von 560 Mandaten. Die SPD hatte 226 Mandate (40 Prozent), und CDU und Liberale, die bei den Betriebswahlen mit 24 Prozent halbwegs gut abgeschnitten hatten, mußten sich schließlich mit vier Prozent, das heißt vier Mandaten begnügen.

Die Berliner Stadtkonferenz des FDGB (2./3. Februar 1946) wählte einen Vorstand, in dem die KPD 14, die SPD 13 und die CDU drei Sitze erhielt. Chwalek (KPD) übernahm den Posten des Ersten Vorsitzenden, Schlimme (SPD) wurde Zweiter und Lemmer (CDU) Dritter Vorsitzender. Nicht nur gelangte die Mehrheit der wichtigen Wahlfunktionen in die Hände der KPD, mindestens ebenso bedeutsam für eine wirkliche Vorherrschaft im FDGB war die Besetzung der hauptamtlichen Sekretärstellen der Gewerkschaftsapparate mit KPD-Mitgliedern. Offensichtlich konnte die KPD auf diesem vor-demokratischen Feld der Personalpolitik überwiegend ihre Leute durchsetzen. Nach sozialdemokratischen Angaben stellte die KPD in Berlin von zirka 1 250 hauptamtlichen Funktionären etwa 1 000.<sup>14</sup> In der SBZ dürfte dieses Verhältnis sich nicht ungünstiger für die KPD gestaltet haben.

Im Vergleich zu Berlin sah das Wahlergebnis für die Nicht-Kommunisten in der Sowjetzone noch erheblich trauriger aus. Auf dem allgemeinen Gründungskongreß des FDGB (9. bis 11. Februar 1946) konnte die KPD sich den großzügigen Vorschlag leisten, 180 Sozialdemokraten und 30 Christdemokraten als zusätzliche stimmberechtigte Teilnehmer zu kooptieren, ohne ihre Mehrheit einzubüßen. Die Vorstandswahlen waren ebenfalls wieder ein parteipolitischer Kompromiß. 19 Kommunisten, 18 Sozialdemokraten, vier Christdemokraten und vier Parteilose teilten sich die Sitze. Jendretzky (KPD) wurde Erster Vorsitzender, Göring (SPD) Zweiter und Lemmer (CDU) Dritter Vorsitzender des FDGB in der SBZ. Kaiser wurde als CDU-Vorsitzender mit beratender Stimme in den Vorstand aufgenommen. Jendretzky und Göring gehörten zusätzlich dem Berliner Vorstand und Chwalek und Schlimme umge-

---

<sup>14</sup> Vgl. Hurwitz, S. 456.

kehrt dem Zonen-Vorstand des FDGB an (Auch dies war eine Absprache des Vierer-Ausschusses). Nach diesem Muster wurden auch die Vorstände auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene des FDGB und der Einzelverbände gebildet.

Inhaltlich wurden die Wahlen zu den Gewerkschaftskongressen von der KPD als Kampagne für die schnelle Vereinigung der beiden Arbeiterparteien geführt. Ulbrichts Instruktionen für die Bezirkssekretäre der KPD lauteten: „Wir müssen die Frage der Einheit in den Vordergrund stellen, damit wir auch bei den Gewerkschaftswahlen nur solche Werktätigen als Delegierte und in die Leitungen wählen, die für die Einheit sind (. . .).“<sup>15</sup> Der Kongreß selbst stand ganz im Zeichen der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Sein Höhepunkt war die wohlinszenierte Erklärung von Grotewohl, daß der Zentralausschuß der SPD beschlossen habe, „der Mitgliedschaft der Partei alsbald die Einheit der beiden Arbeiterparteien zur Entscheidung vorzulegen.“

Wie immer man die Vereinigung von SPD und KPD (22./28. April 1946) werten mag, ein Ergebnis für die FDGB ist unstrittig: Nur *eine* Partei, und zwar die SED verfügte nun durchgängig über den beherrschenden Einfluß von über 80 Prozent der Wahlmandate in den FDGB-Instanzen. Daß die überwältigende Zahl führender Gewerkschaftsfunktionäre SED-Mitglieder waren, sagt über den Charakter der Gewerkschaft alleine wenig aus, entscheidend ist, daß diese Gewerkschafter sich als Befehlsempfänger ihrer Partei verstanden, und die SED den FDGB als ihre Gewerkschaft betrachtete.

Die Wahlmanipulation ließ sich nicht verheimlichen und auch nicht die Tatsache, daß die KPD die Wahlabsprachen gegenüber den Sozialdemokraten gebrochen hatte. Jedoch nur in Berlin, wo die Sozialdemokraten sich gegen eine erzwungene Vereinigung von SPD und KPD zur Wehr setzen konnten und sich erfolgreich behaupteten, konnte sich der Protest gegen die Einvernahme der Gewerkschaften durch die SED organisieren. Da in Berlin die christlichen und liberalen Gewerkschaften traditionsgemäß wenig Einfluß hatten, verband sich der Kampf der gewerkschaftlichen Opposition mit der Selbstbehauptung der Sozialdemokratie.

Der Aufstand in den Reihen der Berliner Sozialdemokratie gegen die Entscheidung des Zentralausschusses, die Vereinigung der SPD mit der KPD zu vollziehen, hatte allgemein für die Behauptung eines demokratischen Berlin und für die Chance der Gewerkschaftsopposition, wenigstens in den Westsektoren freie und unabhängige Gewerkschaften aufzubauen, überragende Bedeutung. In der gegen den Willen des Zentralausschusses durchgesetzten Urabstimmung - die im Ostsektor von den Sowjets verhindert wurde - sprachen sich 82 Prozent gegen den sofortigen Zusammenschluß mit der KPD aus.

Die Selbstbehauptung der Berliner SPD ermöglichte bei den Berliner Kommunalwahlen eine erste demokratische Abstimmung über die Alternative zwischen SPD und KPD/SED. Die SED mußte dabei eine drastische Niederlage

---

<sup>15</sup> Vgl. Dietrich Staritz, *Sozialismus in einem halben Land*, Berlin 1976, S. 76.

hinnehmen. Sie erreichte als drittstärkste Partei nur 19,8 Prozent der Stimmen, hinter der SPD mit 48,7 Prozent und der CDU mit 22,2 Prozent.

Im FDGB standen die Chancen für die demokratische Gewerkschaftsopposition denkbar schlecht. Von den 13 Berliner Vorstandsmitgliedern der SPD schlossen sich zehn der SED an. 24 SED-Mitgliedern standen auf diese Weise nur noch drei Sozialdemokraten und drei Christdemokraten gegenüber. Das vordringliche Ziel der Gewerkschaftsopposition mußte es sein, die Wahlordnung des FDGB zu verändern. Die ersten Wahlen hatten gezeigt, wo die Schwachstellen der Wahlordnung lagen: Nur durch Kenntlichmachung der parteipolitischen Zugehörigkeit der Kandidaten war unter den gegebenen Umständen eine demokratische Wahl möglich.

Dies war schon die Forderung von Otto Suhr auf der ersten Berliner Stadtkonferenz des FDGB (273. Februar 1946). Bei den Wahlen zur zweiten Berliner Stadtkonferenz wiederholte Otto Suhr, der zum maßgeblichen Sprecher der Gewerkschaftsopposition geworden war, diesen Vorschlag, der eine direkte Wahl der Delegierten nach dem Prinzip der Verhältniswahl beinhaltete. Weder im FDGB-Vorstand durfte er dafür auf eine Mehrheit hoffen noch war die Zustimmung der Sowjets in der Alliierten Kommandantur zu erwarten. Bei der zweiten Wahl zur Stadtkonferenz des FDGB 1947 beugte sich die Opposition noch diesem Wahlreglement, 1948 war dies nicht mehr möglich.

#### Zum Verhältnis zwischen Dachverband und Gewerkschaften

Wird die Frage gestellt, ob der FDGB legitimerweise als Nachfolgeorganisation der Weimarer Gewerkschaften betrachtet werden kann, dann ist auch das Verhältnis des Dachverbandes zu den Einzelgewerkschaften zu betrachten. Die deutschen Gewerkschaften, insbesondere die freien Gewerkschaften, entschieden sich bereits 1892 für eine weitgehende Autonomie der Berufs- und Industrieverbände gegenüber dem Dachverband. Diese Festlegung wurde bis 1933 beibehalten. Nach 1945 gab es auch in den Westzonen Überlegungen, die Selbständigkeit der nur noch als Industrieverbände konzipierten Gewerkschaften zugunsten eines starken Dachverbandes (Einheitsorganisation) aufzuheben. Mit Unterstützung der Besatzungsmächte, die demokratische Einwände gegen eine derart zentralistische Organisation vorbrachten, konnten sich die Befürworter der Tradition autonomer Einzelverbände durchsetzen.

Der FDGB hingegen wurde von vornherein als starker zentralistischer Dachverband konzipiert und von oben „aufgezogen“. Mitglied wurde man im FDGB - nicht in der Einzelgewerkschaft. Die gewerkschaftliche Opposition bildete sich nicht nur in der Abwehr der parteipolitischen Einvernahme des FDGB durch die SED, sondern auch gegen dieses Organisationskonzept. Auf dem Gründungskongreß des FDGB schien es noch durchaus offen, wie das Verhältnis des Dachverbandes zu den Einzelverbänden letztlich gestaltet werden sollte. Erst im Sommer 1946 legte der FDGB-Vorstand die zukünftige Satzung zur Diskussion vor. Die weitgehende Aufhebung der Selbständigkeit der 18

Einzelgewerkschaften wird unter anderem in der Festlegung deutlich, daß ihnen nur 30 Prozent des Beitragsaufkommens belassen wurde. Von einem Bund unabhängiger Gewerkschaften konnte zu keinem Zeitpunkt die Rede sein. Ab 1950 wurde den Gewerkschaften jede Finanzautonomie genommen. Sie wurden vollständig in die Rolle von unselbständigen Fachabteilungen gedrängt, die zum Beispiel jederzeit vom Dachverband aufgelöst oder umgruppiert werden konnten. Der FDGB hatte also auch mit der Tradition der selbständigen Einzelgewerkschaften einen radikalen Bruch vollzogen.

#### FDGB - Interessenvertreter für Arbeitnehmer?

Der Nachweis, daß der FDGB von Beginn an eine undemokratische, parteiabhängige, zentralistische Einheitsorganisation war, sagt zunächst noch wenig darüber aus, ob er nicht Aufgaben wahrgenommen hat, die traditionell allen Gewerkschaften eigen waren. Daß der gewerkschaftlichen Interessenvertretung unter dem Besatzungsrecht enge Grenzen gesetzt waren, ist dabei dem FDGB nicht anzulasten. So war die Tarifpolitik durch den von der Besatzungsmacht verhängten Lohn- und Preisstopp außerordentlich eingeschränkt. Der FDGB kümmerte sich ebenso wie die Gewerkschaften in den Westzonen um die Befriedigung elementarer Bedürfnisse der notleidenden Bevölkerung. Von der Wohnraumbeschaffung über die Nahrungsmittelversorgung bis zum Ernteeinsatz reichten seine Aktivitäten. Am ehesten entsprach sein Engagement beim Aufbau der Sozialversicherungen dem alten Aufgabenfeld der Gewerkschaften. Die betriebliche Interessenvertretung nahmen wesentlich die zunächst spontan und später mit Erlaubnis des Alliierten Kontrollrates gegründeten Betriebsräte ein.

Der grundlegenden Veränderung des Aufgabenfeldes des FDGB lag primär jene Entscheidung der Sowjetunion zugrunde, nach dem sich abzeichnenden Zerfall der Anti-Hitler-Koalition in ihrem Besatzungsgebiet ein Gesellschaftssystem nach sowjetischem Muster aufzubauen, das heißt eine Einparteiendiktatur auf der Grundlage einer zentralen, staatlichen Planwirtschaft. Das Programm der KPD von 1945, Deutschland nicht „das Sowjetsystem aufzuzwingen“, sondern für die „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ zu wirken, war ab Mitte 1947 überholt.<sup>16</sup>

Für die Kommunisten in der SED bedeutet dies, die letzten Überbleibsel sozialdemokratischer Tradition in der SED zu beseitigen. Eine „Partei neuen Typus“, das heißt eine marxistisch-leninistische Partei nach den Prinzipien des Demokratischen Zentralismus wurde aufgebaut. In umfangreichen Säuberungen wurden die sozialdemokratischen Neigungen verdächtiger Parteimitglieder ausgeschlossen. Mit der grundlegenden Veränderung des Wirtschaftssystems in der SBZ sah die SED sich veranlaßt, dem FDGB neue Aufgaben

---

<sup>16</sup> Gründungsaufwurf der KPD vom 11. Juni 1945, in: Deutsche Volkszeitung vom 13. Juli 1945, zitiert nach: Die Niederlage, die eine Befreiung war. Das Lesebuch zum 8. Mai 1945, Hrsg. Ilse Brusis, Köln 1985, S. 480 f.

zuzuordnen. Kurzgefaßt definierte Ulbricht Ende 1947 die Aufgaben der Gewerkschaft folgendermaßen: „Die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen ist an die Erfüllung und Übererfüllung des Produktionsplans und an die Steigerung der Arbeitsproduktivität gebunden“.<sup>17</sup>

Der 2. SED-Parteitag im September 1947 hatte vorher mit der Parole „Mehr produzieren - gerechter verteilen - besser leben“ den Gewerkschaften die neue Richtung gewiesen. Am 8. Oktober 1947 erließ die SMAD den Befehl Nr. 234. Darin ging es vor allem um die Steigerung der Arbeitsproduktivität und um die Festigung der Arbeitsdisziplin. Nach der Methode „Zuckerbrot und Peitsche“ wurde die Einführung des Akkordlohns angeordnet und wurden Leistungsanreize materieller Art angeboten, gleichzeitig wurde den „Bummelanten, Arbeitsdisziplinverletzern und Normunterbieter“ der Kampf angesagt.<sup>18</sup>

Der FDGB begrüßte diesen Befehl und machte sich seine Forderungen zu eigen. Göring verkündete sogar: „Der Befehl Nr. 234 des Marschalls Sokolowski geht in weitestem Maße auf die von den Gewerkschaften in den letzten Monaten vorgetragene Wünsche ein.“<sup>19</sup> Der FDGB versuchte, eine Aktivistinnenbewegung „für 234“ zu initiieren und, als dies wenig fruchtete, gemäß dem sowjetischen Vorbild der Stachanow-Bewegung, mit einer hervorragenden Einzeltat die vermeintlich oder wirklich mangelhafte Arbeitsmoral zu steigern. Der Bergmann Adolf Hennecke - in der offiziellen FDGB-Geschichte bis zuletzt ein gefeierter Mann — war dazu auserkoren, unter optimierten Arbeitsbedingungen seine Norm mit 387 Prozent zu erfüllen. Das bei den Gewerkschaften besonders verhaßte Mittel kapitalistischer Ausbeutung (Akkord- und Stücklohn) wurde vom FDGB nun plötzlich als sozialistische Errungenschaft erster Güte gepriesen.

Die Verwandlung einer Gewerkschaft, die nach ihrer Definition die Interessen der abhängig Beschäftigten zu vertreten hat, in eine Organisation, die die ökonomischen Interessen des staatlichen Monopol-Unternehmers wahrnimmt, konnte letztlich nur mit Gewalt gegen die Arbeitnehmer durchgesetzt werden. Der 17. Juni 1953 begann als verzweifelter Aufstand von Arbeitern, die jeglicher Interessenvertretung beraubt waren.

Der Widerstand der Belegschaften in den Betrieben der SBZ sammelte sich in den Betriebsräten. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) des FDGB hatten noch kaum Einfluß in den Betrieben gewonnen und durften nicht hoffen, daß durch die neue FDGB-Politik eine Besserung eintreten würde. Im Gegenteil: Sie gerieten durch ihren Funktionswandel in einen scharfen Gegensatz zu den Betriebsräten - der vom FDGB unabhängigen, wirklichen Interessenvertretung der Beschäftigten. Alle propagandistischen Anstren-

---

17 Walter Ulbricht, Über Gewerkschaften, zitiert nach Gül, Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), S. 139.

18 Vgl. Befehl Nr. 234 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, in: Gill, FDGB, S. 95 ff.

19 Zitiert nach Gill, FDGB, S. 142.

gungen des FDGB zur Leistungssteigerung beeindruckten diese wenig.<sup>20</sup> Die Betriebsratswahlen für 1948 im Zeichen des Funktionswandels des FDGB ließen für dessen Kandidaten wenig Gutes erwarten. Die Wahlen wurden zunächst verschleppt und durften dann gar nicht mehr stattfinden. In Berlin, wo noch gewählt werden konnte, errangen die Kandidaten der unabhängigen Gewerkschaftsopposition einen überwältigenden Sieg (70 Prozent der Mandate).

Die neue Aufgabenstellung des FDGB, im Dienste der Partei für die „Erfüllung und Übererfüllung“ der Normen zentraler Planwirtschaft zu sorgen, konnte unter solchen Umständen nicht erfüllt werden. Die SED brauchte weisungsgebundene Organe in den Betrieben. Die Zerschlagung der Betriebsräte war die logische Konsequenz dieser Politik. Sie wurde auf der Bitterfelder FDGB-Funktionärskonferenz (25/26. November 1948) gezogen. Der Kernsatz der dort getroffenen Beschlüsse lautete: „Der Geschäftsführende Bundesvorstand wird beauftragt, entsprechende Schritte zu unternehmen, daß die Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten in Betrieben und Verwaltungen und die Verwirklichung der Rechte und Pflichten, die aus dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 (Betriebsrätegesetz, M. S.) hervorgehen, den Betriebsgewerkschaftsleitungen übertragen werden.“<sup>21</sup> Mit der Abschaffung der Betriebsräte wurde mit einer für die deutsche Arbeiterbewegung spezifischen Tradition der dualen Interessenvertretung gebrochen. Der Beschluß wurde umgehend in die Tat umgesetzt. Die abhängig Beschäftigten der SBZ beziehungsweise der DDR waren spätestens seit diesem Zeitpunkt ohne wirkliche Interessenvertretung.

In dem Maße, in dem sich der FDGB als politisches Instrument von SMAD und SED zu erkennen geben mußte, jedoch vor allem angesichts seines grundlegenden Funktionswandels wuchs die Opposition. Die Spaltung des FDGB dort, wo sie alleine noch möglich war - in der Viermächtestadt Berlin -, war unvermeidlich. Mit der Ablehnung des Marshallplans und der Zustimmung zu dem Befehl „254“ durch den FDGB waren die inhaltlichen Bruchstellen markiert. Bei den Wahlen zur Berliner Stadtkonferenz des FDGB 1948 machte die Opposition die Stellungnahme zu diesen beiden Punkten zu Wahlprüfsteinen. Umgekehrt versuchte der FDGB-Vorstand, die politische Auseinandersetzung über seine Parteinahme zu verhindern - mit dem Hinweis auf die parteipolitische Unabhängigkeit des FDGB und seiner Wahlordnung.

Der FDGB-Vorstand und die Mehrheit der Stadtkonferenz erkannten nach dieser Wahl die zirka 100 Mandate der Opposition (UGO) nicht an, darunter Mandate der Verbände Öffentliche Betriebe und IG Metall.<sup>22</sup> In West-Berlin

<sup>20</sup> Vgl. Siegfried Suckut, Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (1945 - 1948), Frankfurt/M. 1982.

<sup>21</sup> Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1947 - 1949, Hg. Bundesvorstand des FDGB, Berlin 1950, S. 414 ff.

<sup>22</sup> Protokoll der von der Stadtdelegiertenkonferenz gewählten Prüfungskommission mit den von der UGO benannten Kollegen am Sonnabend, den 22. Mai 1948 in der Komischen Oper, Berlin, Archiv der Gewerkschaftsbewegung, Sign. 2266.

wußte die Gewerkschaftsopposition die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder hinter sich und beugte sich dieser Entscheidung der Stadtkonferenz nicht. Sie verließ die Konferenz und konstituierte sich am 26. Mai 1948 als selbständige Gewerkschaftsorganisation, zunächst mit der Wahl einer kommissarischen Leitung. Am 14. August war bereits der Prozeß der Bildung von selbständigen Einzelgewerkschaften abgeschlossen, und eine „Konferenz der Verbandsvorstände der unabhängigen Gewerkschaften“ schloß sich zu einem „Freien Bund unabhängiger Gewerkschaftsorganisationen“ zusammen, der sich den Namen „Unabhängige Gewerkschaftsorganisation Groß-Berlin“ gab.<sup>23</sup>

Als die Sowjetunion unmittelbar nach Einführung der D-Mark für die drei Westsektoren (24. Juni 1948) mit der verschärften Berlin-Blockade begann, und die Teilung der Stadt mit dem Auseinanderreißen der Verwaltungen und öffentlichen Betriebe dramatische Formen annahm, besaßen die westberliner Arbeitnehmer eine handlungsfähige gewerkschaftliche Interessenvertretung, in der sich auch der politische Wille der Mitglieder artikulieren konnte.

Die Teilung Deutschlands und die Teilung Berlins sowie die Entscheidung der Sowjets, in ihrer Besatzungszone einen Sozialismus gemäß marxistisch-leninistischen Prinzipien aufzubauen, machten die Tarnung des FDGB als parteiunabhängige Gewerkschaft überflüssig. Auf seinem 3. Kongreß 1950 bekannte sich der FDGB auch formal zu dem, was er im Grunde von Beginn an gewesen ist, die Gewerkschaft einer Partei: „Die Gewerkschaften anerkennen (...) die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.“<sup>24</sup>

---

<sup>23</sup> Vgl. Berliner Gewerkschaftsgeschichte von 1945 bis 1950, FDGB - UGO - DGB, Hg. DGB-Landesbezirk Berlin, Berlin 1971.

<sup>24</sup> Zitiert nach: Geschichte des FDGB, Hg. Bundesvorstand des FDGB, Berlin (DDR) 1982, S. 361.